

Oskar Lafontaine

Langfassung des Beitrags in der FAZ vom 22.11.2012

Europa beginnt zu Hause

Wir wollen den Fortschritt der europäischen Einigung. Dass dieses Europa demokratisch sein muss ist die Überzeugung aller, die sich im Feuilleton der FAZ zur europäischen Krise geäußert haben. Peter Bofinger, Jürgen Habermas und Julian Nida-Rümelin beispielsweise haben unter der Überschrift: „Einspruch gegen die Fassadendemokratie“ die Einberufung eines Verfassungskonvents vorgeschlagen, um den europäischen Völkern die Möglichkeit zu geben, die Souveränität, die ihnen von den Märkten längst geraubt worden ist, auf europäischer Ebene wiederzugewinnen. Es geht ihnen um ein politisch geeintes kerneuropäisches Währungsgebiet, dem eine Verfassung zu Grunde liegt, die ein gemeinsames Regieren erlaubt. Sie werben für eine Vertiefung der europäischen Integration, eine Souveränitätsübertragung auf europäische Institutionen und eine stärkere Koordinierung der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsländer, um die strukturellen Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen. Eine stärkere Koordinierung der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken ist unerlässlich wenn der Euro nicht wieder durch nationale Währungen ersetzt werden soll. Aber ist die von den genannten Autoren vorgeschlagene Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen wirklich geeignet, die Fassadendemokratie zu überwinden?

In einer an der Berliner Humboldt-Universität im Juni 2011 gehaltenen Rede reflektiert Jürgen Habermas Einwände gegen die fortschreitende Übertragung von Souveränitätsrechten auf supranationale Organisationen: „Das dichte Netz supranationaler Organisationen weckt seit langem die Befürchtung, dass der im Nationalstaat gesicherte Zusammenhang von Menschenrechten und Demokratie zerstört und die demokratischen Souveräne durch weltweit verselbstständigte Exekutivgewalten enteignet werden.“ Solche Befürchtungen sind berechtigt. Aber in ihrem gemeinsamen Aufsatz gelingt es Bofinger, Habermas und Nida-Rümelin nicht diese Befürchtungen zu entkräften. Das liegt vor allem daran, dass die Kritiker der Fassadendemokratie nicht sagen, was sie unter Demokratie verstehen und keine geeigneten Vorschläge machen, um die Fassadendemokratie in ein wirklich demokratisches Haus zu verwandeln.

Sie machen denselben Fehler, den schon die Urheber des europäischen Verfassungsentwurfs, unter ihnen der ehemalige französische Präsident Giscard D'Estaing, gemacht haben, als sie im Jahre 2003 in der Präambel zum Entwurf ein Zitat des Perikles falsch wiedergaben: „Mit Namen heißt unsere Verfassung, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist, Volksherrschaft.“ Das war, wie Luciano Canfora in seinem Buch: „Eine kurze Geschichte der Demokratie“ nachgewiesen hat, eine Verfälschung der Worte, die Thukydides dem athenischen Staatsmann Perikles in den Mund gelegt hat. Richtig muss es heißen: „Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt werden.“ Die Demokratie wird hier also nicht über ihre Form sondern über ihr Ergebnis definiert. Was auch immer man gegen diese notwendige Bedingung einer demokratischen Gesellschaft einwenden mag, die Vertiefung der europäischen Gemeinschaft läuft Gefahr, die Fassademokratie zu befestigen, wenn die Übertragung von Souveränitätsrechten die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung nicht verbessert.

Dabei hätte Habermas nur an seiner eigenen Definition von demokratischer Selbstbestimmung anknüpfen müssen um nicht in diese Falle zu tappen: „Demokratische Selbstbestimmung heißt, dass die Adressaten zwingender Gesetze zugleich deren Autoren sind.“ In Deutschland machen in der Folge eines von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachten Personalaustauschprogramms Firmenlobbyisten in den Ministerien Gesetze. Und wenn der Bundestag den Finanzmarkt „reguliert“ liefern Anwaltskanzleien der Großbanken wie Freshfields die Vorlagen. In Brüssel ist es nicht besser. Noch stärker als die Entscheidungen der nationalen Parlamente und Regierungen sind die Beschlüsse des europäischen Parlaments und der europäischen Kommission von Lobbyisten beeinflusst. Schon die Ordoliberalen um Walter Eucken sahen in der Verhinderung wirtschaftlicher Macht die notwendige Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft. Wären die Adressaten zwingender Gesetze in der „Fassadenrepublik“ Deutschland zugleich deren Autoren, dann gäbe es kein Hartz IV, keine Lohndrückerei und keine Rentenkürzung.

Die mangelnde Übersetzung der theoretischen Überlegungen in praktikable politische Reformvorschläge ist die große Schwäche des Aufsatzes von Bofinger, Habermas und Nida-Rümelin. Sie schreiben: „Die Rechtfertigung eines großen Integrationsschrittes ergibt sich ... aus der Notwendigkeit, das Unwesen des gespenstischen Paralleluniversums, das Investmentbanken und Hedge-Fonds neben der

realen Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft aufgebaut haben, durch eine Selbstermächtigung der Politik wieder einzufangen. Aber sie kommen nicht zum Zuge, weil einerseits eine Implementierung dieser Maßnahmen im nationalstaatlichen Rahmen kontraproduktive Folgen hätte und andererseits die 2008 auf dem ersten Londoner G 20 Gipfel beschlossenen Regulierungsabsichten ein weltweit koordiniertes Handeln erfordern würden, dass einstweilen an der politischen Fragmentierung der Staatengemeinschaft scheitert.“

Das ist in Teilen richtig aber überwiegend falsch. Es ist eine faule Ausrede zu behaupten, die Bundesrepublik Deutschland könne die von Rot-Grün durchgesetzte Zulassung von Hedge-Fonds und Schattenbanken nicht rückgängig machen. Oder man könne im nationalen Rahmen die Trennung von Investmentbanken und Geschäftsbanken nicht gesetzlich vorschreiben. Das gleiche gilt für das Verbot des Handels mit Giftpapieren oder für den ‚Widerruf vieler Deregulierungen, die in nationalstaatlicher Zuständigkeit durchgeführt wurden. Gerade nicht auf europäischer sondern auf nationalstaatlicher Ebene muss die Umwandlung von Zockerbuden in Sparkassen organisiert werden um das gespenstische Paralleluniversum zum Einsturz zu bringen. Man braucht dann auch keine europäische Bankenunion. Die geforderte Selbstermächtigung der Politik käme einen guten Schritt voran. Die beklagte Refinanzierungskrise einzelner Staaten des Euroraums löst man nicht durch die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte, sondern mit einer anders verfassten europäischen Zentralbank, die diesen Staaten Direktkredite zum Zentralbankzinssatz gibt. Die damit verbundene Auflage dürfte dann aber nicht eine Lohn- und Rentenkürzung sein, sondern die Besteuerung der Millionärsvermögen.

Man müsste nur jahrzehntelange hartnäckige Vorurteile und interessengeleitete Klischees aufgeben. So zum Beispiel das Märchen von einer unabhängigen europäischen Zentralbank, in der „unabhängige Experten“ wie der ehemalige Finanzstaatssekretär Asmussen, der die IKB Pleite und die Zulassung der Verbriefungsbomben am Bein hat und der Goldman-Sachs-Mann Draghi, der an vielen Schandtaten des Paralleluniversums fleißig mitgewirkt hat, den Ton angeben. Es bedarf auch keiner Übertragung von Souveränitätsrechten, um das Lohndumping in Deutschland zu beenden, das eine der Hauptursachen für die beklagten strukturellen Ungleichgewichte ist. Die Änderung der Zumutbarkeitsklausel bei Hartz IV und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns verbunden mit einer produktivitätsorientierten Tarifpolitik genügen.

Eine abstrakte Demokratie- und Europaliebe läuft immer Gefahr, sich in zu großer Unverbindlichkeit zu verlieren, weil man sich den konkreten Problemen vor der eigenen Haustür nicht stellen will. Wenn die drei Autoren von einer von SPD, CDU und Grünen getragenen Initiative zur Einsetzung eines Verfassungskonvents schwärmen, um die Fassadendemokratie mit neuem Leben zu erfüllen, dann lassen sie jeglichen Realitätssinn vermissen. Denn gerade diese Parteien stehen in Deutschland für Lohndumping und die Selbstentmächtigung der Politik durch Deregulierung. Und mit ihrer Zustimmung zum Fiskalpakt haben sie die Selbstentmächtigung der Politik auf eine neue Stufe gehoben.

Nach Hegel leistet das Individuum seinen Beitrag zum Allgemeinen vor allem in dem es sich konkret in der Gesellschaft und der Nation engagiert, in der es lebt. Mit anderen Worten: Das demokratische Europa beginnt zu Hause und verlangt zuallererst in Deutschland eine Politik, die den Interessen der Mehrheit entspricht. Gelingt das nicht bei uns, dann wird es erst recht nicht auf europäischer Ebene gelingen. Die Demokratie- und Europaliebe wird so zu einer hehren Absichtserklärung und zu einer Flucht vor der Verpflichtung, den eigenen Ideen zu Hause durch eine konsequente Kritik an Lohndrückerei, Rentenkürzung, Deregulierung und Fiskalpakt Nachdruck zu verleihen.